



# PI-RAT



Politische Informationen des FachschaftsRats Erziehungswissenschaft - No 13 10/18

## International solidarisch – Schluss mit Austerität!

### Inhalt:

Editorial.....	S. 3
Zur Kampagne „International solidarisch: Schluss mit Austerität“.....	S. 4
Projektstudium „Die Revolte von 1968/69 an der Uni Hamburg – Kontinuitäten, Konsequenzen und Schlussfolgerungen für heute“.....	S. 6
Veranstaltungsreihe „Bildung, Erziehung und Gesellschaft: ‚1968‘ – Rückblick und Ausblick .....	S. 7
Exzellente unterfinanziert? .....	S. 8
Erklärung der FSRe Erziehungswissenschaft, Holzwirtschaft, Biologie, Geschichte und Sozialökonomie „Für die Ausfinanzierung der Hochschulen und eine dafür eingreifende Hochschulpolitik – Schluss mit Entdemokratisierung und Plünderung der Verfassten Studierendenschaft ...	S. 10
Tipps für das Überschreiten der Regelstudienzeit im Bachelor-Studium – MUSS ich den Bachelor denn wirklich in 6 Semestern schaffen? .....	S.12
„Dressur zur Mündigkeit?“ - Tribunal über die Verletzung von Kinderrechten in der Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland.....	S. 14
Weitere Veranstaltungshinweise .....	S. 15



## Editorial

Liebe Kommiliton\*innen, in euren Händen haltet ihr die neueste Ausgabe des "PI-RAT", der Zeitschrift des Fachschaftsrats (FSR) Erziehungswissenschaft.

Hiermit begrüßen wir euch zum neuen Semester und heißen besonders diejenigen ganz herzlich willkommen, die an der Fakultät für Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg jetzt ihr Studium beginnen.

Der FSR ist die gewählte Interessenvertretung von Studierenden für Studierende. Wir sind eine erste Anlaufstelle, wenn Ihr Schwierigkeiten im Studium habt und/oder Euch organisieren wollt. Der FSR schafft für alle Studierenden die Gelegenheit, Informationen auszutauschen sowie gemeinsam auf Fachbereichsebene und darüber hinaus aktiv zu werden. Wir haben eine offene Tür für alle Interessierten und laden euch herzlich dazu ein, mitzumachen, euch zu engagieren oder in einer Sprechstunde vorbeizukommen, wenn Ihr einfach Unterstützung braucht.

Die Uni ist ein lebendiger Ort. Stets gibt es Auseinandersetzungen um die Rolle von Bildung und Wissenschaft in der Gesellschaft und dementsprechend um die Entwicklung der Hochschulen. Eine erkämpfte Errungenschaft ist, dass die Mitglieder der Hochschulen in verschiedenen Gremien wesentliche Entscheidungen über die Gestaltung ihrer Einrichtung selbst treffen können.

Eine wichtige aktuelle Diskussion ist die um die sogenannte Studienreform. Vor etwa zehn Jahren wurde den Hochschulen die Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge aufgezwungen. Bis dahin gab es im Studium wesentlich größere Möglichkeiten zur eigenständigen inhaltlichen und zeitlichen Gestaltung. Das emanzipatorische Leitbild der Uni, zur Bildung mündiger und kritischer Menschen beizutragen, sollte mit dem Ba/Ma-System tendenziell verworfen werden, um das Studium verstärkt auf die Ausbildung zur Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt auszurichten. Verbunden war dies mit sehr engen Regulierungen des Studiums, dauerhaftem Prüfungsstress und der Einführung starker Selektionsmechanismen, insbesondere an der Hürde vom Bachelor zum Master.

Seit einigen Semestern wird nun die „Reform der Reform“ betrieben, um den eingeschlagenen neo-liberalen Weg grundlegend zu korrigieren. Es ist bereits gelungen, einige weitreichende Veränderungen zu erreichen bzw. anzustoßen, Restriktionen abzubauen und bessere Bedingungen für Persönlichkeitsbildung und kritischen Gesellschaftsbezug im Studium zu erkämpfen (Abschaffung der Modulfristen, Entschärfung der Anwesenheitspflicht, Einführung eines neuen Studienbereichs, in dem sich mit aktuellen gesellschaftlichen Schlüsselproblemen beschäftigt wird).

Im Moment wird die Schädlichkeit ständiger Prüfungen und Benotungen für ein solidarisches Lernen diskutiert. Wir streben eine strukturelle Reform an, durch die es insgesamt weniger Prüfungen und dabei noch weniger Benotungen geben soll. Zudem steht nach wie vor an, die Hürde des Übergangs vom Bachelor zum Master abzuschaffen – sie soll Konkurrenz unter den Studierenden schüren und ist inhaltlich nicht zu rechtfertigen. Allen sollte ohne weitere Beschränkungen ein volles wissenschaftliches Studium offenstehen. Hier gilt es, weiter hochschulweit und hochschulübergreifend Druck zu machen!

Wir wünschen euch einen guten Start an der Uni Hamburg und möchten euch dazu ermuntern, an den politischen Auseinandersetzungen an der Uni und in der Stadt mitzuwirken. Wir treffen uns jeden Mittwoch um 17 Uhr im FSR-Büro (Raum 035a, ganz hinten im Erdgeschoss von VMP8) zu unserer öffentlichen Sitzung. Kommt gerne dazu und beteiligt Euch! Schreibt uns gerne auch eine E-Mail an [fsr-erzwiss@gmx.de](mailto:fsr-erzwiss@gmx.de), folgt uns auf Facebook (FSR Erzwiss UHH) oder guckt mal auf unsere Homepage: [www.fsr-erzwiss.de](http://www.fsr-erzwiss.de).

Eine spannende Lektüre und einen guten Start ins Semester wünscht,  
Euer FSR Erziehungswissenschaft

### Impressum:

PI-Rat 13-10/2018. Auflage: 300.  
Redaktion: FSR Erziehungswissenschaft.  
V.i.S.d.P.: FSR Erzwiss, S. Mielich,  
VMP 8, 20146 HH [www.fsr-erzwiss.de](http://www.fsr-erzwiss.de)

## „International solidarisch: Schluss mit Austerität“

In den momentan stattfindenden Haushaltsverhandlungen mit dem Hamburger Senat wird deutlich: staatliche Investitionen in Gesundheit, Soziales, Bildung, Kultur und Mobilität sind dringend notwendig. Der Senat ist aufgrund der in den Bereichen aufgerufenen Erfordernisse dazu gedrängt, mehr zu investieren. Was sich bisher an Entwicklungen abzeichnet, bleibt jedoch weit hinter dem, was eigentlich nötig wäre, zurück und weiter am Dogma der „schwarzen Null“ und der Einhaltung der Schuldenbremse kleben.

Auch die Universitäten erstellen ihre Haushalte seit Jahren mit einem permanenten strukturellen Defizit, was sich exemplarisch in fehlenden Studienplätzen, Selektion durch Numerus Clausus und daraus resultierender Ablehnung in Wunschstudiengängen manifestiert. So kam das Baumert-Gutachten über die Situation der Fakultät Erziehungswissenschaft im vergangenen Jahr zu dem Ergebnis, dass sich die Unterfinanzierung der Fakultät „bei Zugrundelegung der kapazitätsrelevanten Stellenstruktur auf mindestens 1,3 Millionen Euro jährlich“ beläuft – und das bei einem Gesamt-Etat von ca. 13 Mio. Euro (vgl. PI-Rat 12, Okt. 2017, S. 11ff.). Die Unterfinanzierung bedeutet eine permanente Einschränkung des Grundrechtes auf freie Wahl des Berufs und der Ausbildungsstätte (Art.12 GG) und verhindert emanzipatorische Bildung für alle als notwendige Grundlage einer gemeinsamen, demokratischen Gestaltung menschlicher Lebensverhältnisse.

Emanzipatorische Bildung für alle, aufklärerische Kulturveranstaltungen, ein entwickeltes Gesundheitswesen, soziale Sicherheit sowie nachhaltige Mobilität und darauf aufbauend ein menschenwürdiges Leben für alle in einer friedlichen, gerechten und ökologisch nachhaltigen Welt sind dank kontinuierlich zunehmender gesellschaftlicher Produktivität längst möglich.

So ist der Reichtum der Menschheit beispielsweise so groß, dass alle Menschen auf dieser Welt 2,5 Mal ernährt werden können. Das heißt umgekehrt: wenn heute ein Mensch an Hunger stirbt, dann ist das Mord.

Der tagtäglich durch die Arbeit und das vielfältige soziale und kulturelle Engagement der Vielen erarbeitete materielle und geistige Reichtum wird jedoch nicht wesentlich für die Entwicklung des Allgemeinwohls verwendet, sondern konzentriert sich in den Händen einiger Weniger. Spätestens seit 2008, als plötzlich Milliarden über Milliarden für die angeblich alternativlose Rettung vermeintlich systemrelevanter Banken aufgebracht werden konnten, ist nicht länger zu verschleiern, dass auch genug Geld für die öffentliche Finanzierung aller gesellschaftlich relevanten Bereiche vorhanden ist und Lohnkürzungen, Sozialstaatsabbau und Privatisierungen nicht alternativlos sind.

Austeritätspolitik und die Devise „Einhaltung der schwarzen Null über alles“, die sich in Deutschland zugespitzt in der Orientierung an der Schuldenbremse ausdrückt, zielt darauf ab, die aktuellen Verhältnisse aufrechtzuerhalten, in denen Profitinteressen über dem Allgemeinwohlinteresse stehen. Auf einen Blick ist dies auf der im Sommer (erneut) aufgestellten Schulden- und Vermögensuhr vor dem Hauptgebäude der Universität zu sehen: dort wird der häufig beklagte, verhältnismäßig geringe, öffentliche Schuldenstand dem um ein Vielfaches größeren und rasant wachsenden Vermögen der reichsten zehn Prozent der Stadtbevölkerung gegenübergestellt.

Aus der Studierendenschaft heraus haben wir Ende 2017 gemeinsam mit Bündnispartner\*innen die Kampagne „International



**Die Schuldenbremse abschaffen: Sozialer Fortschritt in globaler Solidarität!**

solidarisch: Schluss mit Austerität“ ins Leben gerufen, um die weltweit verheerende Austeritätspolitik zu beenden und soziale Verbesserungen für alle zu erreichen. Ziel ist es, die Streichung der die Austeritätspolitik verkörpernden Schuldenbremse aus der Hamburger Verfassung mithilfe eines Volksentscheids durchzusetzen, damit Forderungen der Finanzierung vernünftiger Anliegen im Sinne der Entfaltung des Allgemeinwohls in Zukunft nicht mehr mit Argumenten des „Sachzwangs“ als nicht machbar dargestellt und so abgelehnt werden können.

Es ist notwendig, dass wir gemeinsam die Realisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse orientiert an sozialen, friedlichen und ökologischen Maßstäben in die Hand nehmen. Hierfür muss unter anderem in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen über sinnvolle Entwicklungsansprüche beraten werden, für die wir uns gemeinsam einsetzen. Eine planvolle, demokratische Gestaltung menschlicher Verhältnisse überall ist möglich, gehen wir es an!

### **Weitere Informationen:**

Grundlage der Kampagne ist das Manifest „Die Schuldenbremse abschaffen: Sozialer Fortschritt in Globaler Solidarität“, das mittlerweile auf Deutsch, Englisch, Griechisch und Portugiesisch unter [www.schluss-mit-austeritaet.de](http://www.schluss-mit-austeritaet.de) abgerufen werden kann.

Eine ausführlichere historische, ökonomische, politische und rechtliche Argumentation zu der Frage, warum die Überwindung der Austeritätspolitik gesellschaftlich notwendig und längst möglich ist und wie sie uns gelingen kann, ist in der Broschüre zur Kampagne zu finden, die ihr im FSR-Raum und online unter [http://schluss-mit-austeritaet.de/wp-content/uploads/2018/08/Broschüre-Austerity-2018\\_web.pdf](http://schluss-mit-austeritaet.de/wp-content/uploads/2018/08/Broschüre-Austerity-2018_web.pdf) findet.

Im Rahmen der Kampagne findet alle zwei Wochen mittwochabends das „Filmseminar gegen Austerität“ statt. Den Flyer für die Anti-Austerity-Filmseminar-Reihe und weitere Termine findet ihr unter <http://schluss-mit-austeritaet.de/film-seminar-gegen-austeritaet>. Die Mittwoche, an denen kein Film gezeigt wird, werden für die Anti-Austerity-Aktiventreffen genutzt, bei denen wir

uns zur Weiterentwicklung der Kampagne, der stadtweiten Vernetzung mit Bündnispartner\*innen und der Planung von weiteren Aktivitäten austauschen (19 Uhr im Raum 0029, im AStA-Trakt der Uni Hamburg, Von-Melle-Park 5). Alle Interessierten sind eingeladen, sich mit zu engagieren!



### **Stadtweite Konferenz**

## **„Für ein solidarisches Hamburg – Schluss mit der Schuldenbremse“ am 24. November 2018 in Von-Melle-Park 9 (Ex-HWP)**

Im Rahmen der Kampagne wird für den 24.11. eine stadtweite Konferenz unter dem Motto „Für ein solidarisches Hamburg – Schluss mit der Schuldenbremse“ organisiert. Bei ihr wird es nach einem einleitenden Vortrag von Prof. Florian Schui zur Kritik der Austeritätspolitik in Workshops zu verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen (Bildung, Kultur, Soziales, Mobilität, Wohnen, Daseinsvorsorge) um die Fragen „Was sind die gesellschaftlichen Entwicklungsherausforderungen und zu realisierenden Ansprüche in den jeweiligen Bereichen?“ und „Wie ist die Ablehnung der Schuldenbremse zu begründen, welches sind die Alternativen zur Austeritätspolitik und wie kommen wir zu einer entsprechenden politischen Offensive?“ gehen.

**Nähere Infos werden noch folgen.**



## „50 Jahre 1968“: Veranstaltungen im Wintersemester 2018/19

Auf den folgenden zwei Seiten kündigen wir zwei Veranstaltungen an, die wir (mit-)organisieren und zu denen wir herzlich einladen:

### *Projektstudium „Uni in gesellschaftlicher Verantwortung“*

## **„Die Revolte von 1968/69 an der Uni Hamburg – Kontinuitäten, Konsequenzen und Schlussfolgerungen für heute“**

Mit 1968 und der Studierendenbewegung ist – 50 Jahre nach Gründung der Universität – ein demokratischer Aufbruch verbunden gewesen, der weitreichende Auswirkungen hatte: Am 25. April 1969 verabschiedete die Hamburgische Bürgerschaft ein neues Universitätsgesetz, mit dem eine grundlegende Reform der Verfassung der Universität (Ausbau der akademischen Selbstverwaltung, Mitbestimmung aller Universitätsmitglieder auf den drei Ebenen Konzil und Senat, Fachbereichsräte, Institutsräte) vorgenommen wurde.

Dass es zu dieser – noch heute nachwirkenden – Entwicklung kommen konnte, geht maßgeblich auf das Engagement einer „kritischen Masse“ von Mitgliedern der Universität Hamburg in der Studierendenvertretung, in Arbeitskreisen und Initiativen in den Jahren zuvor zurück.

Mit dieser spezifischen Geschichte der Uni Hamburg wollen wir uns im Rahmen eines Projektseminars ab dem Wintersemester 2018/19 auseinandersetzen. Das Seminar wird angeboten von Sinah Mielich (FSR Erzwiss.) in Kooperation mit Dr. Dierk-Eckhard Becker (Dokumentarfilmer und in den 60er Jahren aktiv im Arbeitskreis Film und Fernsehen an der Uni Hamburg), Anna Heudorfer, Florian Muhl und Michael Schaaf.

Wenn ihr Interesse an der Teilnahme am Seminar oder Fragen habt und/oder euch an den Vorbereitungen beteiligen möchtet, dann meldet euch bei Sinah Mielich ([sinah.mielich@gmx.de](mailto:sinah.mielich@gmx.de)). Wir laden alle Interessierten herzlich zur Teilnahme an dem Seminar statt, das als drei-semesteriges Projektstudium im Fachüberschreitenden Bereich (FÜB) der Fakultät für Erziehungswissenschaft angesiedelt ist. Das Seminar beginnt am 1.11.2018 und findet immer donnerstags von 12-14 Uhr in Raum 209 (VMP 8) statt.

Anlässlich des 100. Jubiläums der Universität im kommenden Jahr ist ein Fonds mit Mitteln zur Verfügung gestellt worden, auf den sich auch studentische Projektgruppen bewerben konnten. Im Sommersemester haben wir als FSR einen Antrag auf Förderung dieses Seminars gestellt. Aus dem Seminar sollen auch öffentliche Veranstaltungen hervorgehen, mit denen wir unsere Ergebnisse zur Diskussion stellen wollen. Unser Antrag wurde bewilligt, so dass nun 5.000 € für diesen Zweck zur Verfügung stehen.

### **Zum Vorhaben:**

Im Rahmen des Seminars soll dieser demokratische Aufbruch und die Hintergründe seiner Entstehung in den Blick genommen, kritisch auf seine historische und aktuelle Relevanz untersucht, ins Verhältnis zu im Jubiläumsjahr stattfindenden Aktivitäten an der Uni Hamburg gesetzt und zur öffentlichen Diskussion gestellt werden.



Demonstration mit Banner für Demokratisierung, gegen Neonazismus und Notstandsgesetze anlässlich der Besetzung des Psychologischen Instituts der Uni Hamburg, Januar 1969 (vgl. [www.mao-projekt.de/BRD/NOR/HBG/Hamburg\\_Hochschulen\\_1969\\_Besetzung\\_des\\_Psychologischen\\_Instituts.shtml](http://www.mao-projekt.de/BRD/NOR/HBG/Hamburg_Hochschulen_1969_Besetzung_des_Psychologischen_Instituts.shtml))

Zentrales Ziel des Projekt-Seminars ist die Produktion eines Films, der den demokratischen Aufbruch und die Hintergründe seiner Entstehung thematisiert – auch über Biografieforschung von ehemaligen Kommiliton\*innen, die 1968 aktiv waren – und die aktuellen studentischen Auseinandersetzungen und Kämpfe aufgreift. Dieser Plot soll in Semester 2 und 3 in Projektgruppen und regelmäßigen gemeinsamen Plenumsitzungen umgesetzt werden.

Es geht darum, 1. die Studierendenbewegung der Jahre 1967 ff. an der Uni Hamburg zu thematisieren und zu illustrieren (dazu gehört auch in Archiven zu recherchieren bzw. bisher unveröffentlichtes Filmmaterial zu sichten, Interviews mit Alumnis zu führen und zu filmen), 2. studentische Aktivitäten der Gegenwart in Bild und Ton zu dokumentieren sowie 3. im Verhältnis zu den damaligen zu reflektieren und die (Zwischen-)Ergebnisse im Rahmen der Veranstaltungen zum Jubiläumsjahr der Uni Hamburg zu präsentieren und zu diskutieren.

Auf diese Weise soll durch die Aneignung der studentischen und gesamt-universitären Geschichte der Frage nachgegangen werden, was „Uni in gesellschaftlicher Verantwortung“ bedeutet und ob wir einen neuen demokratischen Aufbruch brauchen. Gleichzeitig soll mit der Hebung und Aufarbeitung von bislang unbekanntem Filmmaterial ein Beitrag zur Universitätsgeschichte geleistet und der öffentliche Diskurs über die (historische Entwicklung der) Rolle der Universität in der Stadt und in der Gesellschaft gefördert werden.

**Mehr Infos: <https://projektstudium6869.userblogs.uni-hamburg.de>**

### **Wichtig...**

... für die reguläre Anmeldung zum Seminar ist der Besuch der **Informationsveranstaltung** zu den Wahlpflichtmodulen des Fachüberschreitenden Bereichs, die am Mittwoch, dem **24. Oktober 2018 ab 18:00 Uhr** im Hauptgebäude der Universität Hamburg, Edmund-Siemers-Allee (ESA) in **Hörsaal ESA A** stattfindet.

Wir freuen uns auch über Teilnehmer\*innen aus anderen Fakultäten – damit das Seminar aber regulär stattfinden kann, müssen sich bis vier Tage nach der Info-Veranstaltung mindestens 20 Studierende aus dem Studiengang Bildungs- und Erziehungswissenschaft angemeldet haben.

Nähere Informationen sind auch auf der Seite der Fakultät EW unter [www.ew.uni-hamburg.de/studium/studiengaenge-ew/stud-eub-ba/fueb-wp/lv-termine.html](http://www.ew.uni-hamburg.de/studium/studiengaenge-ew/stud-eub-ba/fueb-wp/lv-termine.html) zu finden. Falls es Probleme mit der Anmeldung über STINE geben sollte, wendet euch an das Studien- und Prüfungsbüro oder den FSR.

## **Veranstaltungsreihe „Bildung, Erziehung und Gesellschaft: ,1968‘ – Rückblick und Ausblick**

Einladen möchten wir auch zu dieser Veranstaltungsreihe, an deren Vorbereitung wir mitgewirkt haben. Mit ihr wird das Anliegen verfolgt, 50 Jahre nach ,1968‘ den mit dieser Chiffre verbundenen gesellschaftlichen Aufbruch und die daraus hervorgegangenen Veränderungen kritisch zu würdigen. Im Mittelpunkt steht der Zusammenhang von Bildung, Erziehung und Gesellschaft Ende der 1960er und zu Beginn der 1970er Jahre, denn für das westdeutsche ,1968‘ war im internationalen Vergleich charakteristisch, dass pädagogischen Fragen eine besondere Bedeutung zukam.

Alle Vorträge konzentrieren sich auf Entwicklungen in der Bundesrepublik und richten teilweise einen besonderen Fokus auf Hamburg.

### **ZEIT & ORT**

24.10.18 - 19.12.18

mittwochs 18 - 19.30 Uhr

Von-Melle-Park 8 Raum 05

**24.10.2018 Protestkultur, Politpop und Satire. Die Comics der ,68er‘**  
*Prof. em. Dr. Bernd Dolle-Weinkauff*, Institut für Jugendbuchforschung, Goethe-Universität Frankfurt/Main

**07.11.2018 Von der ,sexuellen Revolution‘ zu den Richtlinien für die Sexualerziehung an Hamburger Schulen**  
*Prof. i.R. Dr. Friedrich Koch*, Fakultät für Erziehungswissenschaft, Arbeitsbereich Allgemeine, Inter-

kulturelle und International Vergleichende Erziehungswissenschaft, Universität Hamburg

**28.11.2018 ,68‘ in der Sozialen Arbeit. Das Beispiel Heimerziehung**

*Prof. Dr. Sven Steinacker*, Fachbereich Soziale Arbeit, Hochschule Niederrhein

**05.12.2018 Das Sozialpädagogische Zusatzstudium (1962-1982) - Zeit für eine Neuauflage?**

*Prof. i.R. Dr. Helmut Richter*, Fakultät für Erziehungswissenschaft, AB Sozialpädagogik, Uni Hamburg

**12.12.2018 Bildungsreformen und Mädchenbildung ab Mitte der 1960er-Jahre und ihre Folgen**

*Prof. i.R. Dr. Christine Mayer*, Fakultät für Erziehungswissenschaft, Arbeitsbereich Erziehungs- und bildungswissenschaftliche Grundlagenforschung, Universität Hamburg

**19.12.2018 ,1968‘ – Aufbruch in den Universitäten. Filmabend**

*Fachschaftsrat Erziehungswissenschaft*, Fakultät für Erziehungswissenschaft, Universität Hamburg  
(<https://www.ew.uni-hamburg.de/ueber-die-fakultaet/files-2018/ringvorlesung1968er-wise18-19.pdf>)

# Exzellente unterfinanziert?

## Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung statt Exzellenzstrategie

Das Präsidium der Uni Hamburg (UHH) hat sich im Rahmen der „Exzellenzstrategie“ mit mehreren sogenannten „Exzellenzclustern“ beworben und Ende September den Zuschlag für vier dieser Cluster bekommen. Auf dieser Grundlage soll nun eine Bewerbung als „Exzellenzuniversität“ folgen, von der sich eine Stärkung der Reputation sowie zusätzliche Mittel versprochen werden.

Dabei wird mit dem Motto „Universität der Nachhaltigkeit“ gearbeitet, so etwa in der uniinternen Umfrage „Gemeinsam exzellent“, die im Juli gestartet wurde.[1] Eine wirkliche Orientierung an Nachhaltigkeit und die Prinzipien der Exzellenzstrategie widersprechen einander jedoch.

Im Leitbild, das sich die UHH 1998 gegeben hat, ist festgehalten: *„Die Mitglieder der Universität wollen die universitären Aufgaben in der Verbindung von Forschung und Lehre, Bildung und Ausbildung in wissenschaftlicher Unabhängigkeit erfüllen. Sie wollen zur Entwicklung einer humanen, demokratischen und gerechten Gesellschaft beitragen und Frauen und Männern gleichen Zugang zu Bildung und Wissenschaft eröffnen.“*

Dieses Leitbild korrespondiert mit den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals* (SDGs)), die von den Vereinten Nationen im Rahmen der Agenda 2030 verabschiedet wurden. So heißt es beispielsweise in SDG 4 zur inklusiven, gleichberechtigten und

hochwertigen Bildung: *„Bis 2030 sicherstellen, dass alle Lernenden die notwendigen Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung erwerben, unter anderem durch Bildung für nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Lebensweisen, Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung, eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit, Weltbürgerschaft und die Wertschätzung kultureller Vielfalt und des Beitrags der Kultur zu nachhaltiger Entwicklung.“* Zu dessen Realisierung ist es unbedingt notwendig, *„[...] Bildungseinrichtungen [zu] bauen und aus[zu]bauen, die kinder-, behinderten- und geschlechtergerecht sind und eine sichere, gewaltfreie, inklu-*



*sive und effektive Lernumgebung für alle bieten“.*

Das Grundgesetz als antifaschistische Konsequenz aus dem Faschismus, welches allen elementare Rechte garantiert, beinhaltet auch das Grundrecht auf Bildung als notwendige Grundlage der solidarischen Gestaltung der Verhältnisse als mündige Mitglieder der Gesellschaft. Bedingung für eine solche Persönlichkeitsbildung sind jedoch Studium und Lehre, die auf



egalitären Austausch von Argumenten und deren kooperative Weiterentwicklung sowie eine intensive Auseinandersetzung mit den aktuellen Verhältnissen setzen.

Werden Grundgesetz, Leitbild und SDG's ernst genommen, bedarf es einer Orientierung von Universitäten auf emanzipatorische Bildung und eine Wissenschaft, die sich an sozialen, nachhaltigen und friedlichen Maßstäben ausrichtet. Dies ist jedoch umstritten. Ihr entgegen steht etwa das Interesse, das von den treibenden Kräften mit dem Bologna-Prozess verfolgt wurde: Entdemokratisierung der Hochschulen, Verkürzung der Studiengänge und Beschleunigung des Outputs von Absolventen. Auch die bereits Jahrzehnte währende strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen steht der Verwirklichung des Leitbilds entgegen.

Die Exzellenzstrategie ist keine Lösung der Unterfinanzierung, sondern ein Mittel zu ihrer Verschleierung und zur Verschärfung der Konkurrenz der Hochschulen untereinander. Programatisch wird mit ihr die Verbesserung der „internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ des „Wissenschaftsstandorts Deutschland“ bezweckt. Sie ist die Fortsetzung der 2005/06 gestarteten „Exzellenzinitiative“ gegen die 2016 etwa mit der Erklärung „Für gute Forschung und Lehre – Argumente gegen die Exzellenzinitiative“, die von über 3.000 Personen unterzeichnet wurde, protestiert wurde.[2] Wir haben uns an der Uni 2016 in der Kampagne „Uni für alle statt Exzellenzinitiative“ engagiert und 1300 Unterschriften gegen die Exzellenzstrategie als Protest in die Bürgerschaft eingereicht.

Im Rahmen der Exzellenzstrategie geht es um staatliche Drittmittel in Höhe von jährlich 593 Millionen Euro, welche in einem Pseudo-Wettbewerb zwischen Universitäten verteilt werden. Grundlage für die Verteilung der Gelder sind von den Forschenden eingereichte Anträge, die sich verstärkt nicht mehr an Forschungsinteressen, sondern an äußeren Vorgaben orientieren. Dies fördert konforme Wissenschaft, schränkt gesellschaftskritische Ansätze ein und ist alles andere als nachhaltig. Dies zeigt sich exemplarisch in Bezug auf das SDG 4: Die forcierte Schaffung von Elite-Unis und deren forschungsorientierten Studiengängen auf der einen Seite

und unterfinanzierten Ausbildungsstätten auf der anderen Seite konterkariert das Ziel der „inkluisiven, gleichberechtigten, hochwertigen Bildung“ für alle.

Dagegen sind wir mit kritischen Aktiven in der ganzen Uni weiter unterwegs für eine Studien-



reform, die darauf zielt, allen Menschen den Zugang zu emanzipatorischer Bildung und damit ein sinnvolles und eingreifendes Studium zu ermöglichen. So wurde im Laufe dieses Jahres beispielsweise eine Rahmenprüfungsordnung für die gesamte Universität beschlossen, die eine Grundlage für weitere Entrestriktionierung und Demokratisierung zur Durchsetzung kritischer Wissenschaft und emanzipatorischer Bildung für alle Fakultäten darstellt.

Auch auf dem diesjährigen **uniweiten Dies Academicus am 7. November 2018** wird die Weiterentwicklung und inhaltliche Bestimmung von Studium und Lehre im Widerspruch von Elite und Allgemeinwohl-Orientierung sowie zur Realisierung der SDGs Thema sein. Alle Mitglieder der Universität sind herzlich eingeladen mitzudiskutieren!

[1] Vgl. dazu den Offenen Brief „Nachhaltigkeit und Exzellenz sind ein Gegensatz“ unter [www.sds-uhh.de/wp-content/uploads/2018/08/Offener-Brief\\_gemeinsam-exellent.pdf](http://www.sds-uhh.de/wp-content/uploads/2018/08/Offener-Brief_gemeinsam-exellent.pdf)

[2] vgl. <https://exzellenzkritik.wordpress.com>, den Reader „Uni für alle statt Exzellenzinitiative“ ([http://www.asta-uhh.de/fileadmin/user\\_upload/Downloads/HoPo/Uni\\_fuer\\_alle\\_READER.pdf](http://www.asta-uhh.de/fileadmin/user_upload/Downloads/HoPo/Uni_fuer_alle_READER.pdf)), den Artikel „Zum Hintergrund der Hamburger ‚11 Thesen zur Exzellenzinitiative‘“ von Sinah Mielich und Till Petersen (Forum Wissenschaft 3/2016, BdWi, [www.bdwi.de/forum/archiv/archiv/9436260.html](http://www.bdwi.de/forum/archiv/archiv/9436260.html)) sowie das aktuelle Interview mit dem Initiator der Petition Tilman Reitz (Soziologieprof. in Jena) auf Studis Online: [www.studis-online.de/HoPo/art-2089-50-jahre-68er.php](http://www.studis-online.de/HoPo/art-2089-50-jahre-68er.php)

*Da sie immer noch aktuell ist, dokumentieren wir hier die Erklärung der Fachschaftsräte Erziehungswissenschaft, Holzwirtschaft, Biologie, Geschichte und Sozialökonomie aus dem Sommersemester 2018:*

## **Für die Ausfinanzierung der Hochschulen und eine dafür eingreifende Hochschulpolitik – Schluss mit Entdemokratisierung und Plünderung der Verfassten Studierendenschaft**

### **Oppositionelles Handeln der Verfassten Studierendenschaft (VS) wirkt!**

So konnten wir als studentische Bewegung in jüngerer Zeit u.a. die Studiengebühren abschaffen, das Hamburgische Hochschulgesetz demokratisieren, studienbegleitende (Modul-)Fristen weitgehend abschaffen, inhaltlich in die Lehre und Lehrkonzeption eingreifen (Orientierung an „Uni in gesellschaftlicher Verantwortung“), die Verlagerung der Uni in den Hafen abwenden, wesentlich zum NEIN zum Kommerz-Olympia beitragen und den hoffnungsstiftenden Widerstand zu G20 mitgestalten. Aktuell geht es um ein Ende von Austeritätspolitik und Schuldenbremse für adäquate Bedingungen für kritische Wissenschaft und emanzipatorische Bildung. Diese (Bedeutung der) VS wird aktuell von einem rechten Konglomerat in StuPa und AStA bekämpft: ihnen geht es um die Bedienung von Klientelinteressen, wofür sie massiv entdemokratisieren müssen. Mit diesem Flugblatt mischen wir uns als Fachschaftsräte ein!

### **Kritische Wissenschaft statt Austeritätspolitik!**

In der **Erziehungswissenschaft** geht es um die gesellschaftliche Verwirklichung von Inklusion, also der Teilnahme und Teilhabe aller Menschen (u.a. in Schule, Hochschule und in der Jugendarbeit), und die Realisierung der dafür nötigen Bedingungen. Der Kürzungsdruck in der Fakultät für EW hat in den letzten Jahren zu einem starken Rückgang der Professuren geführt. Insbesondere jene Stellen, die einen explizit kritisch-theoretischen Fokus haben, waren und sind davon betroffen.

Am Fachbereich (FB) **Sozialökonomie** wurde im April exemplarisch an der Orientierungseinheit für die Ausfinanzierung der Hochschulen gekämpft (*#hwpbesetzt*). Dort engagieren sich kritische Fachschaftsaktive für eine Sozialökonomie, die gesellschaftlich relevante Probleme in den interdisziplinären Fokus nimmt. Die Kürzung der Professuren dort von 48 (2004) auf heute noch 29 erschwert dies massiv.

Der siegreiche, zweijährige Kampf um den Erhalt der **Holzwirtschaft**, nicht nur als Wissenschaft der Nachhaltigkeit an der Uni Hamburg, ist ein großer Erfolg. Jedoch musste auch hier um 30% reduziert und große Finanzlöcher mit externen Geldern gefüllt werden. Insgesamt sind in den **naturwissenschaftlichen Fachbereichen** die Folgen der Kürzungspolitik deutlich: Die Kürzung von Gebrauchsmitteln in Laboren, Raumnot und Sanierungsstau behindert die Forschungsprozesse und drängen Wissenschaft zunehmend in die Drittmittel- und Exzellenzfalle. Angesichts zunehmender Biologisierung gesellschaftlicher Ungleichheit brauchen wir interdisziplinär eingebundene, gut ausgestattete und gesellschaftlich verantwortliche Naturwissenschaften.

Diese Beispiele machen klar: Abgesehen davon, dass Austeritätspolitik auch ökonomisch Unsinn ist [1], soll die Unterfinanzierung kritische Wissenschaft, die unabhängig von ökonomischen Interessen, verantwortungsvoll in die Gesellschaft eingreift, verhindern. Wir wollen uns als Fachbereiche nicht gegeneinander ausspielen lassen im Streit um künstlich verknappte Mittel oder sog. Exzellenzcluster, sondern den Problemen gemeinsam an die Wurzel gehen. Darauf zielt auch die Kampagne „International Solidarisch – Schluss mit Austerität“, mit der die Schuldenbremse aus Köpfen und Verfassungen gestrichen werden soll, an der sich viele von uns beteiligen. Dafür wurde bspw. jüngst die Schulden- und Vermögensuhr vor dem Hauptgebäude der Uni (wieder-)eröffnet.

Wir nehmen das Studium als Gesellschaftsveränderung in die eigenen Hände und wirken als FSRe mit selbstorganisierten Vorlesungsreihen, Themensemestern, Demonstrationen, Diskussionsveranstaltungen und einer progressiven Studienreform in Universität und Gesellschaft.

Denn wie schon Rosa Luxemburg sagte: „Unpolitisch sein, heißt politisch sein, ohne es zu merken“.

## **Progressive Verfasste Studierendenschaft statt Entdemokratisierung und Plünderung!**

Das aktuelle Konglomerat von CDU- und FDP-Hochschulgruppe über Fakultätslisten und Fake-Listen [2] („CampusLINKE“, „Die Grünen“) bis zu Unicorns, „schöne zeiten“ und „Alternative Linke“ bekämpft eine solche Politik der Alternative (zu schwarzer Null und Anpassung) in AStA und Studierendenparlament. Statt für strukturelle Verbesserungen zu wirken, die allen Menschen eine sinnvolle Persönlichkeitsbildung und eingreifendes Studieren ermöglichen, wird Orientierung an Arbeitsmarktanforderungen verstetigt: *„Wir wollen [...] anregen, dass Menschen, die de facto länger nicht mehr studieren oder eine übliche Semesterzahl (z.B. 8 im BA, 6 im MA) überschritten haben, zu Beratungen eingeladen werden. Diese sollen dazu dienen, die Gründe für die Studienverzögerungen zu finden und falls nötig Hilfe anzubieten. Sollten bspw. psychische Gründe vorliegen, sollen Personen dazu ermutigt werden, sich ihnen zu stellen.“* („Konzept für einen AStA“; S.7) So kritisiert der „neue AStA“ die Abweichung von der Norm eines Studierenden-Lebens, welches laut BARMER Arztreport 2018 dazu führt, dass 17 % der Studierenden von einer psychischen Diagnose betroffen sind. D.h. es wird den abweichenden Studierenden ein Problem unterstellt, anstatt die krankmachende Norm („Regelstudienzeit“, Leistungsdruck, ...) selbst zu verändern.

Diese Position ist exemplarisch für weitere Vorhaben. Statt bundesweitem Engagement will der neue AStA aus dem Freien Zusammenschluss der StudentInnenschaften (fzs), dem Dachverband aller ASten und Studierendenräte in Deutschland, austreten. Der fzs leistet wichtige Arbeit für die Interessen der Studierenden: Auf Bundesebene wird gegen Studiengebühren und für eine BAföG-Erhöhung protestiert, ebenso werden über den fzs durch ein solidarisches Umverteilungsverfahren auch die gesetzlich schwach gehaltenen Strukturen der Studierendenschaft, beispielsweise in Bayern, inhaltlich und monetär unterstützt.

Wir als Verfasste Studierendenschaft (VS) benötigen zudem ausreichend finanzielle Mittel für die Durchführung von Demonstrationen, zum Zweck der Meinungsäußerung oder für kritische

Kulturkurse des AStA, die im neuen Haushaltsplan des rückschrittlichen Stu-Pa/AStA-Bündnisses nicht vorgesehen sind:

In diesen Bereichen wollen sie im Haushalt der VS drastische Kürzungen (zusammen -10.000 Euro) zugunsten von Sachkostenerhöhung für das CDU-dominierte Präsidium des StuPa (+24.000 Euro) und ein CampusOpenAir (+35.000 Euro) vornehmen ([www.stupa-hh.de](http://www.stupa-hh.de)). (In diesem Zusammenhang wurde auch die infrastrukturelle und finanzielle Unterstützung der bereits genannten Anti-Austerity-Kampagne gestrichen.)

Für diese Politik soll auch der Semesterbeitrag für die VS – zum ersten Mal seit Jahren – erhöht werden. Durchgedrückt soll dies alles mit einer Entdemokratisierung des Studierendenparlaments werden: FSRe haben grundsätzlich nicht länger Rede- und Antragsrecht, werden nicht mehr zu den Sitzungen eingeladen und die Mittel für selbstorganisierte Fachschaftsvertretung im Haushalt sollen gestrichen werden. Jegliche Form der Wortmeldung soll nur noch schriftlich erfolgen und Parlamentarier\*innen für drei Sitzungen das Stimmrecht entzogen werden können. Am 5. Juni wurde versucht, den Haushalt an einem (!) Abend in zwei (!) hintereinander angesetzten Sitzungen des Stupa durchzupfeitschen. Der Plan scheiterte an der 23-Uhr-Grenze für Sitzungen.

Wir rufen euch dazu auf, euch über die aktuellen Entwicklungen zu informieren: Dazu könnt ihr zu StuPa-Sitzungen kommen (Termine unter [www.stupa-hh.de](http://www.stupa-hh.de)) und euch selbst einen Überblick von der Lage in der Hochschulpolitik verschaffen. Werdet aktiv in Fachschaftsräten und sucht den argumentativen Austausch – zur Austeritätspolitik und zur Situation in AStA und StuPa. Jeden zweiten Mittwoch findet ein Filmseminar als Freiluftkino vor dem Philturm statt, bei dem gemeinsam Filme zur Thematik geschaut und diskutiert werden. Und kommt zu den Treffen von „International Solidarisch – Schluss mit Austerität“ (Infos unter [www.schluss-mit-austeritaet.de](http://www.schluss-mit-austeritaet.de)).

[1] Für weitere Informationen sei das Buch Austerität: Politik der Sparsamkeit: Die kurze Geschichte eines großen Fehlers von Prof. Dr. Florian Schui (2014) empfohlen.

[2] Beide Listen traten als offizielle Vertretung von DIE LINKE bzw. Bündnis90/Die GRÜNEN an der Hochschule auf, obwohl die Rechteinhaber dem widersprachen und juristisch dagegen vorgehen.

## Tipps für das Überschreiten der Regelstudienzeit im Bachelor-Studium

*Den folgenden Text haben wir als Ergänzung zu den Darstellungen der aktuellen Rahmenbedingungen des Studiums im Rahmen der Orientierungseinheit verfasst. Er richtet sich in erster Linie an StudienanfängerInnen, bietet aber sicherlich auch für spätere Semester hilfreiche Hinweise für eine alternative Studienplanung.*

### **MUSS ich den Bachelor denn wirklich in 6 Semestern schaffen?**

Diese Frage stellt sich sicher für einige von euch, nachdem ihr in der OE-Woche gehört habt, was ihr alles in den kommenden sechs Semestern studieren sollt. Um die Antwort vorwegzunehmen: Nein, ihr müsst den Abschluss nicht in sechs Semestern machen.

Trotzdem wird einem immer wieder von verschiedenen Seiten (Eltern, BAföG-Amt, Krankenkasse, ...) nahegelegt, dass man die Regelstudienzeit als Vorschrift verstehen soll, wie schnell man sein Studium abzuschließen hat.

Bevor wir ausführen, was in diesem Zusammenhang zu beachten ist, noch eine Vorbemerkung: Wir sind der Meinung, dass es sinnvoll ist, das Bachelorstudium auszudehnen, da sechs Semester nicht ausreichen können, um das Studium ausreichend zu vertiefen und auch mal über den „Modulrand“ hinauszuschauen. Hinzu kommt, dass wir Studierende nicht Empfänger\*innen von „Stoff“ oder einzelnen Lernhäppchen sind, sondern aktive Mitglieder einer Universität, die wir mitgestalten können und müssen. Die gemeinsame Aneignung und Gestaltung der Universität stellt einen wichtigen Aspekt der demokratischen Hochschulkultur dar. So kann z.B. jede\*r an der Entwicklung der Universität und der Fakultät (beispielsweise durch die Beteiligung an unterschiedlichen Gruppen und Gremien) mitwirken und Interessen und Kritik einbringen.

Die Regelstudienzeit lässt sich hingegen eher (im Kontext der Ökonomisierung von Universität und Bildung) einem anderen Bild zuordnen. Demnach scheint es, statt um dem Anspruch einer gemeinsamen, umfassenden (und emanzipatorischen) Bildung und einer aktiven Beteiligung am universitären Leben in einer Universität mit gesellschaftlicher Verantwortung, zunehmend um eine schnelle

marktkonforme Ausbildung zugehen, in einer Universität, die einem unternehmerischen Dienstleistungsbetrieb ähnelt.

Wichtig ist noch zu erwähnen, dass es für die Universitäten starke Anreize bezüglich der Regelstudienzeit gibt, so dass ein möglichst hoher Output an Abschlüssen erzielt wird, u.a. weil dies als eine wichtige Größe in „Effizienz“-Vergleichen zwischen Universitäten herangezogen wird.

Zu guter Letzt kann eine Anpassung an die Regelstudienzeit (neben anderen Gründen) zu einer hohen Prüfungsbelastung beitragen und den Leistungsdruck verstärken. Wir möchten euch daher ermutigen, die Regelstudienzeit nicht als Dogma zu verstehen und euch im Folgenden die nötigen Hinweise für eine alternative Studienplanung geben.

#### **Zur ‚Regelstudienzeit‘**

Generell ist die Regelstudienzeit laut Hochschulrahmengesetz diejenige Studienzeit, in welcher ein Abschluss im jeweiligen Studiengang erworben werden KANN (vgl. Hochschulrahmengesetz, § 10 Abs. 2). In den Prüfungsordnungen der Bachelorstudiengänge unserer Fakultät wird eine Regelstudienzeit von 6 Semestern festgelegt. Die Universität habe sicherzustellen, dass das Lehrangebot sowie das Prüfungsverfahren einen Abschluss des Bachelorstudiums nach sechs Semestern ermöglichen (vgl. z.B. die aktuell gültige Prüfungsordnung für Studiengänge mit dem Abschluss Bachelor of Arts an der Fakultät Erziehungswissenschaft, § 2 Abs. 1). Die Regelstudienzeit ist somit in erster Linie eine Planungsmaßgabe für die Universität, nicht nur für Lehrangebot und Prüfungsorganisation, sondern auch für die Planung der Studiengänge selbst sowie die Festlegung von Ausbildungskapazitäten (vgl. Hochschulrahmengesetz, § 10 Abs. 2). Das heißt aber NICHT, dass ihr euer Bachelorstudium auch in dieser Zeit



abschließen MÜSST. Die Uni soll lediglich dafür sorgen, dass ihr es KÖNNT; d.h. das Studium muss in sechs Semestern „studierbar“ sein.

### **Obligatorische Studienberatung**

Auf Ebene der Prüfungsordnungen der Bachelorstudiengänge unserer Fakultät heißt es in § 3 dass, wer die Regelstudienzeit um MEHR als zwei Semester überschreitet, müsse bis zum achten Semester an einer Studienfachberatung durch Lehrende des jeweiligen Studiengangs teilnehmen. Dafür sucht man sich einen Lehrenden seiner Wahl, führt ein Gespräch und muss sich das bescheinigen lassen (§ 3 der „Neufassung der Prüfungsordnung der Fak. für Erziehungswissenschaft, Psychologie und Bewegungswissenschaft für Studiengänge mit dem Abschluss B.A.“).

### **Modullaufzeit und Modulfristen**

Im November 2011 hat es zum Thema Modulfristen auf Grundlage eines von uns als FSR vorgelegten Antrages folgenden Beschluss in unserem Fakultätsrat gegeben: „Die formalen Vorgaben für die von der Fakultät zu verantwortenden Studiengänge werden so geändert, dass sämtliche zeitlichen Fristen für das Ablegen von Prüfungen und für das Absolvieren von Modulen oder einzelnen Lehrveranstaltungen abgeschafft werden.“

Seit WiSe 2013/14 gibt es also keine Modulfristen mehr (vgl. die alte und die aktuelle Prüfungsordnung).

### **Lehrangebot und Studienfinanzierung**

Ein weiterer Aspekt für eure Planung ist das

Lehrangebot. Wie oben erwähnt, richtet es sich nach einer Verteilung der einzelnen Module auf die Regelstudienzeit. Das heißt, manche Kurse werden nicht jedes Semester, sondern beispielsweise nur im Wintersemester angeboten. Was wann angeboten wird, verraten euch die Vorlesungsverzeichnisse eurer Studiengänge.

Zu guter Letzt hat die Entzerrung des Bachelorstudiums auch finanzielle Auswirkungen; die BAföG-Höchstdauer richtet sich nämlich grundsätzlich nach der Regelstudienzeit des jeweiligen Studiengangs. Eine Förderung über diese Dauer hinaus wird bewilligt, wenn bei euch einer der folgenden gesetzlich anerkannten Gründe vorliegt: Mitwirkung in Hochschulgremien, Krankheit, Verschulden der Hochschule, Erstmaliges Nichtbestehen der Abschlussprüfung, Behinderung, Schwangerschaft, Erziehung eines Kindes unter 10 Jahren. (Genauerer zu den einzelnen Gründen für eine Verlängerung des BAföGs findet ihr unten unter der einen Web-Adresse oder beim BAföG-Amt sowie bei der BAföG-Beratung des ASTAs.)

### **Eine alternative Studiengestaltung lohnt sich**

Um nochmal auf die Eingangsfrage zurückzukommen: Ihr müsst euer Bachelorstudium keineswegs in sechs Semestern schaffen. Es gibt viele gute Gründe, sich für das Studium mehr Zeit zu nehmen, z.B. um sich einer umfassenderen Bildung (auch mit anderen Perspektiven und Fachdisziplinen) zu widmen und die Universität mitzugestalten.

#### **Nützliche Quellen:**

Hier findet ihr die Prüfungsordnungen und Fachspezifischen Bestimmungen:  
[www.ew.uni-hamburg.de/studium/pruefungen/pruefungsordnungen.html](http://www.ew.uni-hamburg.de/studium/pruefungen/pruefungsordnungen.html)

Und hier findet ihr insbesondere die „Neufassung der Prüfungsordnung der Fakultät für Erziehungswissenschaft, Psychologie und Bewegungswissenschaft für Studiengänge mit dem Abschluss Bachelor of Arts (B.A.)“: [www.uni-hamburg.de/campuscenter/studienorganisation/ordnungen-satzungen/pruefungs-studienordnungen/erziehungswissenschaft-psychologie-und-bewegungswissenschaft/20130612-po-epb-ba-35.pdf](http://www.uni-hamburg.de/campuscenter/studienorganisation/ordnungen-satzungen/pruefungs-studienordnungen/erziehungswissenschaft-psychologie-und-bewegungswissenschaft/20130612-po-epb-ba-35.pdf)

Informationen über die Verlängerung der BAföG-Förderungsdauer gibt es unter:  
[www.bafoeg-rechner.de/FAQ/fhd.php?seite=3#gruende](http://www.bafoeg-rechner.de/FAQ/fhd.php?seite=3#gruende)

*Der Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Hamburg und das Aktionsbündnis gegen geschlossene Unterbringung Hamburg organisieren ein Tribunal über die Verletzung von Kinderrechten in der Heimerziehung. Den Aufruf zur Veranstaltung dokumentieren wir im Folgenden:*

## **„Dressur zur Mündigkeit?“ – Tribunal über die Verletzung von Kinderrechten in der Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland**

Es ist keineswegs so, dass mit dem Abschluss der beiden Runden Tische zur Heimerziehung in West und Ost alles zum Besten stünde – im Gegenteil: trotz unbestreitbarer Verbesserungen gibt es eine zunehmende Tendenz der Verletzung von Kinderrechten.

Besonders deutlich wird diese Verletzung durch eine bislang im wissenschaftlichen und fachpolitischen Diskurs kaum beachtete, in der Praxis aber mittlerweile vorherrschende Technologie: die des „Stufen-Vollzuges“ oder des „Phasen-Modells“. Dieses Konzept – inspiriert von den Bootcamps in den USA und behavioristischen Dressurexperimenten – fußt auf entwürdigenden und stigmatisierenden Degradierungs-Zeremonien, auch wenn findige Professionelle für deren Bezeichnung ständig neue Vokabeln erfinden.

Derartige Stufenprogramme widersprechen grundlegenden Menschenrechten und sind nicht mit der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen zu vereinbaren (BMFSJ 2007). Sie verstoßen gegen den gesamten Tenor der Konvention, vor allem aber gegen Art. 2: Achtung der Kinderrechte; Diskriminierungsverbot, gegen Art. 9: Trennung von den Eltern; persönlicher Umgang, sowie gegen Art. 12, in dem ausdrücklich festgehalten wird, dass die Willensäußerungen des Kindes

„angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife“ zu berücksichtigen sind.

Da diese Konvention in Deutschland unmittelbare Gültigkeit hat, müssen Einrichtungen, die mit derartigen Degradierungszeremonien arbeiten, abgeschafft oder zumindest gezwungen werden, ihre Arbeitsweisen fundamental zu verändern. Diese Forderung ist allerdings durchaus umstritten. Die Befürworter von pädagogisch legitimiertem Zwang und therapeutisch begründeter Einschließung sehen darin vielmehr notwendige Interventionen, um gefährdete Kinder und Jugendliche vor ihrem eigenen, risikoreichen Verhalten zu schützen.

Diese Kontroverse soll in Form eines Tribunals zugespitzt werden. Im Mittelpunkt des Tribunals steht eine Jury, die mit in der Sache kompetenten Personen besetzt ist. Sie befragt Zeuginnen und Zeugen und hört Sachverständige an.

Wer das Tribunal unterstützen möchte und sich dafür aussprechen, dass die Ergebnisse dem Ausschuss für die Rechte des Kindes nach Art. 43 der UN-Kinderrechtskonvention vorgelegt werden, kann sich dafür an [timmkunstreich@aol.com](mailto:timmkunstreich@aol.com) oder [wolfgang.rosenkoetter@gmx.de](mailto:wolfgang.rosenkoetter@gmx.de) wenden.

**Das Tribunal findet statt am **Dienstag, 30. Oktober 2018, von 14:00 bis 21:00 Uhr** im Wichern-Saal des Rauhen Hauses, Horner Weg 180, 22111 Hamburg (nahe der gleichnamigen U-Bahn-Station)**

Für nähere Informationen siehe [www.geschlossene-unterbringung.de](http://www.geschlossene-unterbringung.de).

## Weitere Veranstaltungshinweise



6 x Matinée am Sonntag – immer um 11 Uhr

Hannes Heer, Jg. 1941, Studium der Geschichte und Literatur, Rundfunkautor, Regisseur, Kurator der Ausstellungen »Verbrechen der Wehrmacht« und »Die Vertreibung der Juden aus der Oper 1933 bis 1945«, Publikationen zu Wehrmacht, Krieg und Erinnerung, Träger der Carl-von-Ossietzky-Medaille.

Karten: Tel: 040-41 320 320 von 15-22 Uhr, Vorverkauf für alle Termine ab 3.10. (Abatonkasse oder abaton.de)  
Preis: 10 Euro, ermäßigt: 7,50 Euro

**ABATON**  
Allende-Platz 3 / Grindelhof, 20146 Hamburg

**Kooperationspartner:**  
Evangelische Akademie der Nordkirche  
Landeszentrale für politische Bildung Hamburg  
Deutsche Psychoanalytische Gesellschaft Hamburg e. V.

Evangelische Akademie der Nordkirche Bielefeld  
Landeszentrale für politische Bildung Hamburg  
DPG Institut Hamburg

Foto: Rainer Appel • Gestaltung: Marissa Appel

### **„Die Rückkehr der Täter“ (Veranstaltungsreihe mit Hannes Heer im Abaton)**

**Termine (-> immer um 11 Uhr):**

21.10.2018 („Mein 68 – Verspäteter Brief an meinen Vater“),

25.11.2018 („Der Mordfall Oppenhoff“), 16.12.2018 (Leben im Faschismus: „Fischerhude – Ein deutsches Dorf in der Nazizeit“, „Brûlez ces lettres – Verbrennt diese Briefe!“),

20.01.2019 („Fluchtpunkt London“),

17.02.2019 (Mythen des Alltags: „Ich kann das Böse nicht mehr sehen“, „Joseph Beuys, Kleve. Eine Innere Mongolei“),

17.03.2019 („Als Soldaten Mörder wurden – Die deutsche Wehrmacht in Weißrussland“)

([www.abaton.de/daten/filmhefte/HannesHeer-RDT-2018.pdf](http://www.abaton.de/daten/filmhefte/HannesHeer-RDT-2018.pdf))

## **„Raus aus dem theoretischen Flachbrett – Rein in das Mahagoni der Theorie“**

### ***Selbstorganisierter erziehungswissenschaftlicher Lesekreis***

Wir wollen einen Lesekreis bilden, an dem sich alle beteiligen können, die (wie wir) daran interessiert sind, sich mit einer kritischen oder klassischen erziehungswissenschaftlichen Lektüre intensiv auseinanderzusetzen.

Die Idee für den Lesekreis entstand aus der gemeinsamen Haltung, dass im Studienablauf (leider) Überblicks-Veranstaltungen oder Seminare ohne theoretischen Schwerpunkt überwiegen, die zwar ein „Namedropping“ ermöglichen, jedoch selten zu einem tieferen Verständnis oder zu einer kritischen Einordnung beitragen. Da sich der Lesekreis gerade im Entstehen befindet, ist die genaue Lektüre noch nicht festgelegt und es gibt die Möglichkeit sich einzubringen.

Für die Organisation des Lesekreises haben wir einen EduCommsy-Raum erstellt. Über den Raum können wir Pläne, Ideen und Material austauschen. Der Raum heißt „Selbstorganisierter Lesekreis“ und der Zugangscode ist: „Lesekreis“ Den Raum findet ihr auch über diese URL: [www.educommsy.uni-hamburg.de/room/9317547/all/10894793](http://www.educommsy.uni-hamburg.de/room/9317547/all/10894793)

Voraussichtlich wird Ende Oktober ein erstes vorbereitendes Treffen stattfinden. Den Termin werden wir über den EduCommsy-Raum, die FSR-Homepage und die FSR-Facebook-Seite teilen.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, sich anzuschließen!

# DEMONSTRATION:

Für die Ausfinanzierung von  
Bildung, Kultur und Wissenschaft –  
**Solidarisch für ein  
lebenswertes Hamburg**

**Auftakt**  
• 14 Uhr ab Dammtor (Uni, HfMT, HCU)  
• 14 Uhr ab Berliner Tor (HAW, HfBK, TUHH)  
Zwischenkundgebung am Hauptbahnhof  
Abschlusskundgebung am Jungfernstieg  
**STERNMARSCH am 1.11.2018**

**Schuldenbremse beenden!**



Aufrufer sind u.a.: Landesastenkonzferenz (LAK),  
Fachschaftsrätekonzferenz Uni Hamburg (FSRK)  
sowie die Kampagne  
„International solidarisch – Schluss mit Austerität“



**INTERNATIONAL  
SOLIDARISCH  
SCHLUSS MIT AUSTERITÄT**